

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

A 0107/2019 (DDI)

Auftrag Stephanie Ritschard (SVP, Riedholz): Rechte und Pflichten für Fahrende (26.06.2019)

Der Regierungsrat wird beauftragt, angelehnt an die aktuelle Rechtsentwicklung in den Kantonen Neuenburg und Bern, die gesetzlichen Grundlagen dem Kantonsrat zu unterbreiten, um für Fahrende eine Meldepflicht, eine Vertragspflicht, eine Kautionspflicht und ein Wegweisungsrecht für Behörden einzuführen.

Begründung 26.06.2019: schriftlich.

Der Kanton Neuenburg und der Kanton Bern haben die gesetzlichen Grundlagen für Fahrende angepasst. Die Anpassungen sind gemäss Bundesgericht konform mit der Bundesverfassung und dem Völkerrecht. Es ist keine Diskriminierung, sondern eine Angleichung von Rechten und Pflichten. Eine klare Handhabung und Rechtsgrundlage würden auch im Kanton Solothurn dazu führen, dass man sich gegenseitig respektiert und alle involvierten Parteien so ihre Rechte und Pflichten kennen und wahrnehmen.

Es scheint tatsächlich der Fall zu sein, dass die Fahrenden immer wieder Anlass zu Diskussionen geben und nicht selten negativ auffallen. Sie hinterlassen beispielsweise Abfallberge, blockieren Zufahren oder es kommt sogar auch vor, dass sie illegal Wasser ab den Hydranten abnehmen und ihre Notdurft nicht auf der Toilette verrichten. Für dieses Verhalten gibt es in der Bevölkerung immer weniger Verständnis und der Unmut über die Lebensgewohnheiten der Fahrenden steigt. Es kann auch nicht sein, dass Privatgrundbesitzer und Firmen quasi temporär enteignet werden. Der Gesetzgeber muss Grenzen setzen und die Ämter mit klaren Handlungskompetenzen ausstatten. Ohne klare Regelung ist das ein Einfallstor für Regelverstösse und Willkür, sowie allenfalls für Selbstjustiz. Soweit sollten wir es nicht kommen lassen. Es braucht hier gesetzliche Grundlagen um die Rechtsstaatlichkeit zu garantieren. Es wäre zudem eine Form der Gerechtigkeit gegenüber den ordentlichen Steuerzahlenden. Denn wie der Regierungsrat auf meine Interpellation schrieb, ist es fast eine Unmöglichkeit, dass vor allem die ausländischen Fahrenden steuerlich belangt werden können. Hier braucht es klar Grundlagen und ein verantwortungsvolles Vorgehen. Es braucht eine Stärkung der Pflichten gegenüber den Rechten. Die Rechtentwicklung in den Kantonen Bern und Neuenburg könnten hierbei als Vorbild dienen.

Unterschriften: 1. Stephanie Ritschard, 2. Rémy Wyssmann, 3. Kevin Kunz, Philippe Arnet, Johanna Bartholdi, Johannes Brons, Peter Brotschi, Roberto Conti, Markus Dick, Tobias Fischer, Josef Fluri, Kuno Gasser, Fabian Gloor, Walter Gurtner, Nicole Hirt, Sibylle Jeker, Sandra Kolly, Beat Künzli, Edgar Kupper, Peter M. Linz, Josef Maushart, Simon Michel, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Christian Scheuermeyer, Rolf Sommer, Thomas Studer, Bruno Vögtli, Susan von Sury-Thomas, Christian Werner, Marie-Theres Widmer, Beat Wildi, André Wyss (33)